

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

256 (4.11.1931)



# Geschichtliche Dokumente und Gegenwartslage

4. Karlsruhe, 4. November.

## Die Stunde deutsch-französischer Schicksals

Die Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten Laval von seiner durch die Besprechungen mit Hoover-Stimson zu einem bedeutenden Staatsakt gewordenen Amerikareise wird den außenpolitischen Unterhandlungen der nächsten Zeit eine frische Aktivität verleihen. Der starke wirtschaftspolitische Hintergrund dieser Besprechungen dürfte vor allem auch in den Vorschlägen hervortreten, die durch den deutschen Botschafter in Paris, v. Hoersch, der französischen Regierung vorgetragen werden, wobei das Problem der Rückzahlung der kurzfristigen Kredite und die Reparationsfrage im Vordergrund stehen. Wirtschaftliche und politische Fragen sind so durcheinander gemengt und von ihrer engverbundenen Lösung hängt das Schicksal unserer Gegenwart und der Zukunft ab. In diesen Tagen wird deutsch-französisches Schicksal, im guten oder im bösen Sinne. Die Zeit des Gehens ist für beide Teile vorüber. Die Entscheidung ist gekommen. Wie der Würfel fällt, wird das Rad weiter rollen, um eines Tages am Ziel zu sein: bei einer wahrhaft ehrlichen Verständigung auf dem Boden allerengster Zusammenarbeit oder bei einer europäischen Katastrophe.

In diesem historischen Augenblick ist es zweckmäßig, auf ein geschichtliches Dokument aus einer Zeit zurückzugreifen, in der schon einmal die deutsch-französischen Verständigung vor einem Wendepunkt stand, den in diesem Sinne auszunutzen verpackt wurde zum Fluche der Generation von 1914/18. Es war am 3. Mai 1905, daß — wie die Europäischen Gespräche in einem äußerst interessanten Aufsatz Friedrich Thimmes über „Graf Monts und Luzzatti“ ihres Otoberheftes ausgraben — der damalige deutsche Botschafter in Rom, Graf Monts an den Reichsminister v. Bülow aus hochpolitischen Gesprächen mit dem damaligen italienischen Schatzminister Luzzatti folgende, zur Erinnerung der damaligen Vergangenheit und zur Lehre für die heutige Gegenwart überaus beachtliche Eindrücke weitergab:

„Die französischen Regierungsmänner sind momentan unendlich. Delcassé hat sich angeheimlich in geschickter Wendung dort eine Stütze, wozu er bisher alle seine Angriffe richtete. Der ehemalige Mann steht sich ohne einen Ausnahmefall mit uns verloren. Vielleicht hätte wir daher a priori gerade mit ihm ein leichteres Spiel. Dazu kommt, daß Barère, der längst für Rom das Interesse verloren, für sich persönlich den Berliner Posten bei der Sache herausgehoben hat. Er wäre vielleicht später auch tatsächlich der richtige Mann, um die Verhältnisse zwischen Berlin und Paris dauernd zum Guten zu gestalten. Er würde mit Feuereifer vielleicht noch mehr für seinen Ruhm als für Frankreich arbeiten, wenn er sein Spiel auf die erstklassige deutsch-französische Karte setzen kann. Daß ich Frankreichs Anerbieten akademisch in generalisierendem Sinne bestrich, hat hoffentlich Cuverel Exzellenz Einverständnis. Herr Barère hatte mir vor zwei Jahren in Comolli schon einmal gesagt: „Weshalb habt Ihr, statt den Dreieck zu erneuern, nicht eine Allianz mit uns geschlossen?“ Delcassés Spezialität sind die Abkommen. Sachlich würde uns ein Akt der Deferenz Frankreichs wenig nützen, ein paar Zeitungsartikel, ein paar schnell verlesene Weltblätter! Wie viel wertvoller wäre ein Generalsatz, z. B. umfassen eine gegenseitige Garantie unserer ostasiatischen Stellungen, Einräumung einer Interessensphäre in Kleinasien, Hilfe bei der Wahrung gegen Rußland und England etc. Es hätte sich da Möglichkeiten, die für unsere Export und unsere Handel die weittragendsten wären und bei denen wir, als zahlreicher, sowie an Schiffstunde und Unternehmungslust die Franzosen weit übertrifftendes Volk von vornherein bei gleichen Bedingungen im Vorkurs wären. Vor allem würde ferner unser Land bei seiner inneren Entwicklung so nötige Ruhe auf eine Reihe von Jahren garantiert sein.“

Trotz dieser an sich anscheinend günstigen Sachlage kam eine deutsch-französische Verständigung nicht zustande und das Schicksal nahm seinen Lauf, um sich dann im Weltkrieg furchtbar zu entladen. Sollte dies für die heutige Zeit nicht eine Lehre sein! Viel mehr als damals, wofür sich jedoch ebenfalls bereits starke Handelsinteressen in die Politik hineinspielten, bedeuten heute wirtschaftliche Gesichtspunkte fundamentale Interessen der Völker. So sehr uns daher jede Geste deutsch-französischer Verständigungswillens freut, so halten wir im heutigen gegebenen Augenblick den französischen Willen dem deutschen Volke aus seiner furchtbaren Wirtschaftskrise zu helfen für das Gebot der Stunde. Das deutsche Volk ist in einer Verzweiflungssituation. Da helfen keine schönen Worte, sondern nur Taten. So begreiflich es ist, daß der französische Sparer an sein Portemonnaie denkt — viel schlimmere Wunden können den Völkern und den Staaten geschlagen werden, wenn Hilfen und drüber der letzte Versuch zur Verständigung teils durch feindliche Reglemente, teils durch atavistische Prestigegewinne zerstört wird. Mittel- und Westeuropa ist heute reif zu einer Verbindung großen Ausmaßes, die endlich das Fazit aus dem zieht, was Kultur und Technik, Wirtschaft und Politik dringlich fordern. Gleichzeitig aber spielt engherziges Kleinbürgerziel in Frankreich das Spiel jener romantisch-militärischen Kreise Deutschlands, welche am apokalyptischen Spiel von 1914 bis 1918 noch nicht genug gehabt haben. Wird Vernunft und Friede oder Kurzsichtigkeit und Katastrophepolitik siegen?

## Stresemann und die Abdankung des Bürgertums vor nationalsozialistischen Phrasen

Als Dokument zur deutschen Innenpolitik verdient in diesen Tagen, in denen sich weite Kreise des deutschen Bürgertums den Nationalsozialisten an den Hals werfen, ein Brief des einflussreichen Führers der Deutschen Volkspartei, Gustav Stresemann, vom 9. August 1926 hervorgeholt zu werden, dessen wichtigste Partien lauten:

„Die Vaterländischen Verbände in Sachsen haben von uns verlangt, daß wir eine gemeinsame Liste mit den Deutschnationalen aufstellen, uns verpflichten, nie wieder mit der Sozialdemokratie in einer Regierung zu sein, und „Sicherheiten“ dafür geben, daß wir auch in Zukunft mit den Deutschnationalen zusammenarbeiten. Ich bin gewillt, demgegenüber die letzten persönlichen Konsequenzen zu ziehen und würde unter keinen Umständen in einer Partei bleiben, die sich derartig degradieren läßt. Wenn sie gewillt ist, das Erbe von Bennigsen und Hoffmann an die Weßler und Sauerberg auszuliefern, so werde ich den Kampf im deutschen Volke um die Bewahrung dieses Erbes aufnehmen und bin überzeugt davon, daß die übergroße Mehrheit der volksparteilichen Wähler und darüber hinaus Hunderttausende sich einer Bewegung anschließen werden, die den Liberalismus wieder aufbaut, wenn diejenigen, die Träger des Liberalismus sein sollen

ten, bereit wären, ihn zugunsten von nationalsozialistischen Phrasen aufzugeben.“

Das deutsche Bürgertum ist mittlerweile noch viel weiter von dem Weg abgewichen, den ihm Gustav Stresemann vorgezeichnet hat und der heutige Führer der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Herr Dingeldey, vollends ist bereits ganz und gar dazu übergegangen, eine selbständige Politik innens und außenpolitischen Aufbaus des deutschen Reiches „zugunsten von nationalsozialistischen Phrasen aufzu-

geben“. Wie weit wir es allerdings mit dieser Politik des banalen Bürgertums und seiner nationalsozialistischen Erbnachfolger gebracht haben, sehen wir auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland seit dem Tode Stresemanns und werden es vielleicht noch viel furchtbarer erleben — bis dem deutschen Volke die Augen zu spät aufgehen wie in der „großen Zeit“ des Weltkrieges.

# Hoersch bei Laval

## Wird endlich eine Verständigung zusammenkommen?

Der französische Ministerpräsident Laval empfing am Dienstag nachmittag den deutschen Botschafter in Paris zu einer längeren Unterredung. Ministerpräsident Laval unterrichtete Herrn v. Hoersch eingehend über seine Aussprache mit dem amerikanischen Staatspräsidenten Hoover. Der deutsche Botschafter gab dem französischen Ministerpräsidenten anschließend einen Überblick über die finanzielle Lage Deutschlands.

Im Anschluß an die zweistündige Unterredung, der u. a. auch Briand beistand, übergab der französische Ministerpräsident der Presse ein kurzes Communiqué, in dem es heißt, daß er den Botschafter über seine Unterredungen mit dem Präsidenten Hoover bezüglich der „Klarstellung des gegenwärtigen Moratoriums durch das normale Regime des Youngplans“ unterrichtet habe.

Der französische Ministerrat hat die Einberufung des Parlaments am 12. November beschlossen.

Die Aussichten der bevorstehenden Verhandlungen müßten insofern günstig sein, als alle Welt einsehbar, daß Deutschland unmöglich in bisherigem Ausmaße Zahlungen leisten kann. So schreibt das Blatt der englischen Arbeiterpartei, der Daily Herald am Dienstag: Deutschland müßte, um die Zinsen für seine Schulden an das Ausland zu bezahlen, einen jährlichen Exportüberschuß von 120 Millionen Pfund erzielen. Würde Deutschland die unannehmlichen Annuitäten des Youngplans weiter zahlen, so betrage der notwendige Ueberschuß 150 Millionen. Bei Zahlung der vollen Youngannuitäten müßte der Ueberschuß 200 Millionen Pfund betragen. „Das ist offensichtlich, so fährt der Daily Herald fort, abturd für das deutsche Volk würde das jammervolle Armut bedeuten. Für andere Nationen bedeutet es Zwang zur Aufnahme einer gewaltigen Dumpinginfuhr, die jeden Markt der Welt erschüttern würde. Hierbei von Zöllen und von Antidumpinggesetzen zu sprechen, ist einfach töricht. Deutschland steht vor der Alternative, entweder durch niedrige Löhne Preise zu unterbieten (Dumping treiben) oder sich für zahlungsunfähig zu erklären. Das sollte auch die englische Regierung klar erkennen.“

Diese Einstellung des Daily Herald beweist, daß der vernünftige Teil des Auslandes einsehbar, daß man Deutschland entgegenkommen wird. Leider läßt Deutschland durch seinen nationalsozialistischen Launisch gerade diesem Teil vor den Kopf. Sehr beachtenswert sind daher die Rückwirkungen der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland auf die Atmosphäre, in der die entscheidenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich beginnen sollen. An die Fühlnahme zwischen Nationalsozialisten und Zentrum knüpft der Temps einen trefflichen Kommentar:

„Welches Deutschland hat Frankreich vor sich? Während das demokratische Deutschland sich in Auflösung befindet, wagt die Macht

des Nationalsozialismus immer weiter. Wer aber könnte es wagen, zu einer deutschen Regierung Vertrauen zu haben, in der Hitlers Statthalter die Herren des Innenministeriums und der Reichswirtschaftsminister bereit man nicht in Berlin, das ein herabgesetzter politischer Umfassung das Vertrauen in die Aufrichtigkeit des deutschen Friedenswillens und gleichzeitig den deutschen Kredit im Ausland ruinieren muß?

Weshalb schreibt das Journal:

„Gewiß sei Deutschland frei in der Wahl seiner Regierung. Wir aber sind auch frei darin, die Konsequenzen aus einer politischen Orientierung zu ziehen, die uns voller Gefahren zu sein scheint.“

Ob das deutsche Volk und die Reichsregierung aus dieser Situation lernen?

## Die französischen Konferenzpläne

Im Anschluß an die Besprechung Laval-Hoersch schreibt Havas zu dem Communiqué:

Man hat Grund zu der Annahme, daß der beratende Sonderausschuß sich noch vor Jahresende über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands äußern wird. Die an den Reparationszahlungen hauptsächlich interessierten Regierungen werden abdann im Verlauf einer internationalen Konferenz sich mit der deutschen Regierung zu treffen haben. Für Betreiben wird dahin gehen, eine Regelung noch vor dem Februar 1932 zu erzielen, damit, wenn möglich, gleichzeitig auch die Frage der namentlich von den Vereinigten Staaten und England Deutschland bewilligten kurzfristigen Kredite geregelt werden kann. Die heutige deutsch-französische Aussprache wird also der Ausgangspunkt einer Periode großer diplomatischer Aktivität in Europa sein.

## Arbeitsteilung der deutschen Wirtschaftskommission

Berlin, 3. Nov. Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Brüning verammelten sich heute zum erstenmal die deutschen Wirtschaftskommission und Sachverständigen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission. Der Reichsminister gab bekannt, daß die Kommission entsprechend der zwischen den beiden Regierungen vereinbarten Arbeitsteilung in vier Unterkommissionen gegliedert worden ist, von denen die erste Kommission wieder in zwei Abteilungen zerfällt.

Die Ausschüsse werden vor der Reise nach Paris wahrscheinlich noch einzeln zusammenkommen. Das eigentliche Arbeitsprogramm wird jedoch erst bei der Pariser Konferenz festgelegt werden.

## Lesen Sie:



15 Pfg.

## Das neue Buch

Diese soeben erschienene, 40 Seiten starke Schrift der Partei kostet nur 15 Pfg. Jeder Sozialdemokrat muß sie lesen. „Der Zusammenbruch“ ist in der Volksbuchhandlung erhältlich.

## Der Faustschlag eines Volksparteilers

Der Frankfurter Zeitung wird aus Stuttgart berichtet: „Meber den Rechtsabmarsch der Reichstagsfraktion Dingeldey sind die württembergischen Volksparteiler keineswegs entzückt. Von der gereizten Stimmung zwischen den Bundesführern der nationalen Opposition gab folgende Aussprache im Finanzsaal unseres Landtags eine Illustration:

Ein Zentrumsabgeordneter: „Warum seht der (deutschnationale) Finanzminister?“  
 Sozialdemokrat: „... mit Arbeit überlastet, fand er doch Zeit, nach Sarburg zu reisen.“  
 Deutschnationaler: „Das geht Sie nichts an, der Minister kann hingehen, wo er will.“  
 Volksparteiler: „Sie haben hier nicht die Ordnung zu wahren, die Bemerkung war zulässig.“  
 Der Mann von rechts: „Das war eine unangenehme Bemerkung! Warum mischen Sie sich ein?“  
 Volksparteiler: „Gehen Sie doch wieder nach Preußen, wo Sie hergekommen sind: Sie verlangen uns noch unsere ganze württembergische Politik. So eine Unverschämtheit!“  
 Und eine Faust knallte auf den Tisch und beendete die illustrative Unterhaltung.“

## Entlassung ungehorsamer britischer Matrosen

London, 3. Nov. Wie die Admiralität mitteilt, sind 24 Matrosenmitglieder der atlantischen Flotte, die sich auch nach der Zwischentafel in Invergordon Verhöre gegen die Disziplin zuschanden kommen ließen, entlassen worden.

## Aus aller Welt

### Selbstmord eines Versicherungsdirektors

Wien, 3. Nov. Der Versicherungsdirektor Paul Rosenberg ist in einem Breslauer Hotel tot aufgefunden worden. Er hatte Veronal genommen. Aus hinterlassenen Aufzeichnungen des Verstorbenen geht nach einer Auslassung des Auktions-Werbungsblatts hervor, daß er aus dem Leben geschieden sei, um keine Verbindlichkeiten, die ungefähr 200.000 Mark betragen, durch die Versicherung, die den geschuldeten Betrag überließ, decken zu können. Direktor Rosenberg hatte früher die Bezirksdirektion der Neuen Frankfurter Versicherungsgesellschaft inne, die er aber beim Zusammenbruch der Firma aufgab. Er übernahm sodann die Subdirektion der Bayerischen Lebensversicherungsgesellschaft in Breslau und am 1. Januar 1930 in Berlin die Bezirksdirektion der Bayerischen Gesellschaft, aus der er später ebenfalls ausschied.

### Die Gebrüder Sah wieder festgenommen

Wien, 3. Nov. Unter dem dringenden Verdacht des Münzverbrechens sind die Gebrüder Erich und Franz Sah festgenommen worden. Bei einem Klischeefabrikanten in Wilmersdorf hatten zwei unächte unbekannt Männer ein Klischee in Auftrag gegeben. Die Bestellung erregte Verdacht, und die Kriminalpolizei nahm die Bestellung fest. Hier erkannte man in ihnen die Gebrüder Sah. Bei einer Durchsichtung ihrer Wohnung der Brienstraße wurden Lupen, Pinzetten, chemisch-photographische Artikel und anderes mehr gefunden. Das bestellte Klischee stellt die rechte Seite eines Zehnmarkstückes dar. Der Fund läßt schließen, daß Vorbereitungen für die Herstellung von Banknoten getroffen waren. Daß die Brüder falsche Scheine bereits hergestellt haben, wird nicht angenommen. Verhaftet ist daneben ein Kontrollstempel für die Scheine. Außerdem ist ein Annahlestempel, ein Notariatsstempel, entdeckt worden. Erich und Franz Sah haben schon in früheren Jahren viel von sich reden gemacht. Ihre Namen wurden in Zusammenhang gebracht mit dem großen Bankrott von 1929, am 10. Januar 1929 am Wittenbergplatz. Knapp ein Jahr später, am 10. Januar 1930, wurden die Brüder von Kriminalbeamten auf dem Friedhof in der Gauerstraße in Charlottenburg gefasst, wo sie eine Art Unterlauf gebaut hatten. Wieder einige Zeit darauf wurden sie festgenommen nach einem vergeblichen Einbruch in ein Zigarrengeschäft in der Flemingstraße. Von diesen Taten hat besonders der Bankrott von Wittenbergplatz seinerzeit das allergrößte Aufsehen erregt.

### „Die Todesnebelstube im Maastal“ stillgelegt

Wie die Nation Belgien meldet, wird die chemische Fabrik in Engis (Broons Völkchen), deren Giftgas im Herbst vorigen Jahres mehrere Menschenleben im Maastal, namentlich in den Orten Soleign und Tilleur, zum Opfer fielen, auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung am 10. November endgültig geschlossen.

### Wirtschaftsbegehrter?

Die Konsumverwaltung der vor kurzem zusammengebrochenen Baugenossenschaft des Deutsch-Ev. Volksbundes hat gegen Generaldirektor Wilhelm Joppel vom Zentralausschuß für Innere Mission vor dem Landgericht Duisburg einen Zivilprozeß anstrengt. Die Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes verlangt von Joppel die Zahlung einer größeren Geldsumme, über die Joppel anlässlich noch verfügt. Joppel bestreitet indes, die betreffende Summe jemals persönlich ausbezahlt erhalten zu haben. Es soll sich bei dem eingeklagten Betrag vielmehr um Schwebelöhner handeln, die feinerzeit von der Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes über die Innere Mission an verschiedene Leute gesandt worden sein sollen. Die Gegenleistung der Beschlagnahme soll darin bestanden haben, daß sie über unlauffähige Menschen, Heilbrunn und Heilbrunn und Heilbrunn gesandt worden seien. Im ganzen sollen etwa 300.000 Mark an Schwebelöhner ausgezahlt worden sein.

# Freistaat Baden

## Neue Plänchen

Der bayerische Naziabgeordnete Wagner, zugleich Gauleiter der NSDAP. in Bayern, hat vor einigen Tagen in Heidelberg gesprochen. Dabei hat, wie bereits gemeldet wurde, dieser Herr ziemlich unerdhöhlen zum Marschschlachten marxistisch gesinnter Staatsbürger aufgefordert. Hierin liegt System. Hat doch der überberühmte preussische Nationalsozialist Dr. von Leers vor kurzem gelegentlich einer SA-Verammlung in Dresden folgendes ausgeführt:

„M. Leute! Die Nacht nach dem Tag unserer Machtergreifung schadet euch und wir wissen alle, daß es eine Nacht der langen Messer sein wird.“

Nun, die Herren Wagner, von Leers und ihre Spießgesellen mögen kommen. Wir werden ihnen zum Lanze aufspielen, trotz der geplanten Massenabschlachtung. Da müßten wir nämlich zuerst hinfallen, was nicht so einfach sein dürfte.

Vorläufig wird es gut sein, wenn sich einmal die Behörden mit der Rede Wagners beschäftigen. Darauf warten nämlich nicht nur wir, sondern mit uns jeder anständigen Staatsbürger.

Wohlgeliebtes Kind der Herr Wagner aus Bayern eigentlich ist (er repräsentiert übrigens ebensowenig wie sein Meister Hitler den Typ der langschädelligen reinerischen Rasse) ergibt sich daraus, daß er am 7. Oktober 1929 in Löffingen gelegentlich eines Referats folgende Worte sprach:

„Wir macht es Freude, wenn ich im Landtag in Bayern Rede halten herbeiführen kann. Jawohl, so ist es. Ich habe gestern zum Kandidaten Mertz in Grafenbühlern gelaßt, wenn er dort hinaufkommt, so ist es seine Aufgabe, daß er in dem parlamentarischen Saal, den links und rechts auf die Köpfe schiäat und denen in der Mitte auf die Köpfe spuckt. Jawohl, nur drauf auf die Köpfe!“

Aber auch da war der Erfolg der Wagnerischen Anregungen an seine badischen Landtagsfreunde nur der, daß einige Zeit darauf die Herren Köhler und Konforten im Plenum zwar denen links und in der Mitte auf die Köpfe spucken wollten, sich dabei aber lediglich laftige Ohrfeigen holten.

## Der Nazi-Alemanne beschlagnahmt

Aus Freiburg berichtet der Badische Beobachter: Die Postdirektion hat die Nr. 1 der nationalsozialistischen Zeitung Der Alemanne beschlagnahmt wegen eines unehrenhaften und geschändigen Artikels: „Freiburger Schutzleute als Döbbedel.“ An dem Vorfall seien weder Freiburger noch Postbeamte eines anderen Dienstbezirks beteiligt gewesen.

## Ehrenrangliste des Dritten Reiches

Die unter obigem Titel erschienene internationale Broschüre von Dr. H. K. Loh (Berlin), die wir bei unseren Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Führer wiederholt mit Erfolg zitieren konnten, ist in einer neuen billigen Ausgabe herausgegeben. Die sehr ausführliche Broschüre mit ihrem für die Naziführer vernichtenden Material ist zum Preise von 25 Pf. in unserer Volksfreundbuchhandlung zu haben.

## Naziabgeordnete und Kriegsofopfer

Kürzlich haben wir unter eingehender Darlegung der Einzelheiten auf die für die Naziabgeordneten im Reichstage ebenso kennzeichnende wie blamable Tatsache hingewiesen, daß diese parlamentarischen Landsknechte der Schwerindustrie und der sonstigen Volksfeinde in der größtmöglichen Weise im Ausmaß für die Kriegsschädigten ihre Pflicht verlehrt haben, indem sie einfach die ihnen vom Vorsitzenden Dr. Plumm zugeteilten Petitionen nicht bearbeiteten. Die Feststellung dieser Tatsache hat in den Kreisen der Kriegsschädigten mit Freude und Recht starke Entrüstung hervorgerufen, und die Kriegsschädigten haben dadurch auch lehrreiche Klarheit darüber bekommen, in welcher schrecklichen Minderzahl sie zu ihrem praktischen Handeln und zu ihrem Pflichtbewußtsein steht. In einem langen Artikel verucht nun der Führer um die blamable Tatsache herumzureden; die Tatsache selbst mag er aber nicht zu betreten, trotz seiner Frechheit im Lügen und trotz seiner Gewissenlosigkeit im politischen Kampf. Wir stellen noch einmal kurz und bündig fest, daß die Sorge für die Opfer des Krieges die Naziabgeordneten im Reichstage den Vertretern anderer Parteien überlassen.

## Die Zulassung als Wirtschaftsprüfer

Wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, sind nach den Bestimmungen über die öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer die Anträge auf Zulassung als Wirtschaftsprüfer sowie auf Eintragung in die Liste der Wirtschaftsprüfer ausübenden Gesellschaften bei denjenigen Handelskammern einzureichen, in deren Bezirk der Bewerber während der letzten zwei Jahre vorwiegend seinen beruflichen Wohnsitz gehabt hat. Für die Anmeldung sind besondere Fragebogen vorzuschreiben, die bei den Handelskammern erhältlich sind. Schlußtermin für die ersten Anmeldungen ist der 20. November 1931.

Als Wirtschaftsprüfer sollen nur solche Persönlichkeiten bestellt werden, die eingehende Kenntnisse und langjährige große Erfahrungen in der Betriebswirtschaft oder der Betriebstechnik, auch im Buchführungs- und Bilanzwesen besitzen und die fähig sind, schwierige Prüfungen von Wirtschaftsunternehmen, besonders von Aktiengesellschaften, bei voller persönlicher Zuverlässigkeit und unbedingter sachlicher Einstellungs auszuführen.

## Die wandelbaren Bezüge der Notare

Der Justizminister hat im Benehmen mit dem Finanzministerium folgendes verordnet:

Der Anteil des Notars an den Gebühren für wahlweise Amtsgeschäfte beträgt 7,5 v. H. der in die Staatskasse fließenden Gebühr.

Der Gebührenanteil des Notars darf beim einzelnen Geschäft den Betrag von 10 RM. nicht übersteigen. Erreicht innerhalb eines Rechnungsjahres die Summe der auf einen Notar angetragenen Geschäftsumsätze 1000 RM., so darf der Gebührenanteil für die weiteren Geschäfte innerhalb desselben Rechnungsjahres fünf Reichsmark für das einzelne Geschäft nicht übersteigen. Auf die Berechnung desjenigen Gebührenanteils, durch den die Summe von 1000 RM. überschritten wird, findet diese Bestimmung keine Anwendung. Die Berechnung tritt am 1. November in Kraft.

# Auf falscher Fährte

## Nicht Lohnsenkung, sondern Verbrauchssteigerung ist nötig

Von Anton Erkelenz

Die schlimmste Form des Kampfes gegen die Wirtschaftskrise ist das von allein Seiten geprüfene Heilmittel des Lohnabbaus. Dabei wird übersehen, daß der Lohn zwar einerseits Ausgabe für den Unternehmer ist, daß er aber auch Einnahme für alle Arbeitnehmer ist. Aus den Einnahmen, die aus dem Lohn entstehen, werden schließlich alle Ausgaben gedeckt. Das heißt, es soll damit alle die Ware gekauft werden, die produziert wird. Dieser Zusammenhang ist der deutschen Unternehmerschaft noch nicht aufgegangen. Sie hat noch nicht begriffen, daß, wenn sie 10 v. H. an Löhnen spart, sie damit auch den Umsatz ihrer Betriebe um 10 v. H. vermindert. Die Senkung des Lohns, die eine Senkung der Produktionskosten bringen sollte, steigert in Wirklichkeit die Produktionskosten. Denn der geringere gewordene Umsatz muß die gesamten fixen Kosten an Zinsen, Abschreibungen, Verwaltung usw. tragen. Die Rentabilität aller Betriebe entfällt aber erst dann, wenn sie in vollem Umfange produzieren können. Je geringer der Lohn ist, je es durch Lohnsenkung oder durch gesteigerte Arbeitslosigkeit und Lohnausfall, um so kleiner ist der volkswirtschaftliche Umsatz. Wenn der Idealismus des deutschen Unternehmers erfüllt würde, nämlich wenn er erst gar keinen Lohn mehr zu bezahlen braucht, sondern die Arbeiter umsonst arbeiten würden, dann gäbe es überhaupt keine Absatzmöglichkeit, dann müßten alle Betriebe stillgelegt werden.

Dieser einfache Zusammenhang, der zu den volkswirtschaftlichen Elementargrundlagen gehört, wird in Deutschland heute völlig übersehen. Dabei wird immer wieder von den übermächtig erhöhten Löhnen gesprochen. In Wirklichkeit ist die Lohnbelastung pro Einheit der Erzeugung heute geringer, als sie vor dem Kriege war. Denn inzwischen hat die Rationalisierung stattgefunden, die Erzeugung wurde erheblich gesteigert, der Lohn blieb bis 1930 in der Kaufkraft gegen 1913 unverändert. Es wurden aber mehr Güter erzeugt für weniger Lohn. Trotzdem sind alle

Wirtschaftsführer überzeugt, daß der Lohn zu „hoch“ war. Man hat ihn herabgesetzt mit dem Erfolg, daß die Arbeitslosigkeit gewachsen ist. Man hat uns verprochen, wenn der Lohn senkt wird, werden mehr Arbeiter beschäftigt. In Wirklichkeit gibt es in Deutschland nicht einen Arbeiter, der infolge der Lohnsenkung in Beschäftigung gekommen ist. Aber es gibt weitere zwei Millionen Menschen, die infolge der Lohnsenkung arbeitslos geworden sind.

Eine leise Abnung dieser Zusammenhänge beginnt sich jetzt zu zeigen. Aber nun heißt es: Lohnsenkung und Preislenkung, damit die Kaufkraft unverändert bleibt. Daß damit eine Steigerung des Geldwertes hervorgerufen wird und eine Verlagerung aller Werte in der Gesellschaft, leben bis jetzt nur wenige ein. Aber selbst der Grundtat: Lohnsenkung und Preislenkung ist undurchführbar. Der Staat hat vielleicht die Macht, die Löhne zu senken. Es wird sich aber zeigen, daß er nicht die Macht hat, die Preise zu senken. Und wenn er die Preise senken könnte, — die Lohnsenkung, die Verminderung der Einkommen und damit die Verminderung des Umsatzes wird immer noch größer sein als die Ersparnis durch Preislenkung. Das ganze System, — jetzt hat man zu allem Überflusse auch noch einen besonderen Wirtschaftsbeitrag gebildet — wird, wie alle bisherigen Maßnahmen, die Krise verschärfen und nicht erleichtern. Eine hochentwickelte Industriewirtschaft, die ungefähr doppelt soviel produzieren kann, als heute verbraucht wird, kann nicht durch Lohnsenkung und Einschränkung saniert werden. Sie muß eine Verbrauchssteigerung durchzuführen. Wenn die Preise senkt werden, ohne daß die Löhne sinken, wenn also die Einkommen unverändert bleiben, die Preise aber sinken, dann ist die Möglichkeit zur Verbrauchssteigerung gegeben. Und das ist der gesunde Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise durch fortschrittliche Maßnahmen, statt durch Rückschritt.

Solange man diese Zusammenhänge nicht einseht, wird die Wirtschaftskrise sich weiter verschlimmern. Diese Verschlimmerung entsteht durch eine falsch angebrachte Aktivität, entsteht dadurch, daß die Bürger von ihrem Staat verlangen, daß er etwas tun soll, auch dann, wenn es nicht hilft oder gar schadet. Der Reichskanzler sollte einen Wirtschaftsbeitrag bilden zur Ausdehnung des Verbrauchs. Dann wird er endlich an den entscheidenden Punkt kommen.

# Volkswirtschaft

## Tötet nicht den Käufer

Lohnfrage und Wirtschaftsbeitrag

Der Schiedspruch für die Reichsarbeiter war heralisch schlecht zu dem Auftakt der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats. Alle Welt war nach der Vertagung der Lohnverhandlungen der Reichsbahn der Auffassung, daß nun erst einmal im Wirtschaftsbeitrag die Lohnfrage im Rahmen unserer Gesamtwirtschaftspolitik neu beleuchtet werde und daß erst danach für die Lohnverhandlungen gewisse Konsequenzen gezogen werden könnten. Der Schiedspruch für die Reichsarbeiter war daher sachlich ein Fehlversuch.

Wenn die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats zu einem fruchtbareren Ergebnis führen sollen, so müssen sie eine Verteilung der wirtschaftlichen Lasten und Pflichten anbahnen, die eine Kräftigung des Binnenmarktes ermöglicht. Eine große Zahl der noch in Arbeit stehenden deutschen Arbeiter muß sich heute mit einem Monatseinkommen begnügen, das ungenügend 100 M. beträgt, nur in geringen Abweichungen über oder unter der Grenze liegt. Die Senkung der überbetrieblichen und tariflichen Verdienste, die in den letzten beiden Jahren durchgeführt worden ist, hat zu einer Schwächung der Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung geführt, denen von den Gewerkschaften vorausgesehenen unheilvolle Auswirkung auf die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes wie der Landwirtschaft und nicht zuletzt der Bauern nicht ausgeblieben ist.

Eine Kräftigung des Binnenmarktes kann unmöglich erwartet werden, wenn sich im Wirtschaftsbeitrag nicht die Einsicht durchsetzt, daß die Erhaltung der Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung eine Existenzfrage nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern im mindestens gleichen Grade für das Handwerk, das Kleingewerbe und die Landwirtschaft ist.

Um so unbegreiflicher erscheint es, daß die Bürokratie in einem Augenblick, wo der Wirtschaftsbeitrag sich um eine Lösung des Gesamtproblems der deutschen Wirtschaft bemüht, Entscheidungen trifft, die, wie der Schiedspruch für die Reichsarbeiter, eine Politik durchsetzen, die aus dem komplizierten Fragenbereich der Senkung der Gestehungskosten einseitig nur den Lohnanteil herausgreift. Die Vertreter der Gewerkschaften haben daher mit größter Entschiedenheit im Wirtschaftsbeitrag gegen diesen Schiedspruch protestiert und nachdrücklich erklärt, daß es nicht angehe, willkürlich Entscheidungen über ein Teilproblem wie den Anteil der Löhne an den Gestehungskosten zu fällen, während der ganze Fragenkomplex zur Diskussion steht.

## Sollen die Heringe teurer werden?

Zollpläne, die bekämpft werden müssen

Seit einiger Zeit letzten die deutschen Heringsfischereien das Reichsernährungsministerium unter Druck. Sie verlangen eine Erhöhung der Heringszölle von 3 auf 6 Mark. Natürlich erklären sie, daß eine Verteuerung dieses so wichtigen Nahrungsmittels durch die Zollhöhung nicht entstehen werde. Man beabsichtigt nur, die Heringszufuhr zugunsten einer Ausweitung der deutschen Heringsfischerei herabzusetzen.

Deutschland ist der größte Heringskonsument Europas. Es verbraucht jährlich 1,25 Millionen Foh Salzheringe, wovon durch die deutschen Heringsfischereien 250 000 Foh beschafft werden. Vier Fünftel des deutschen Heringsbedarfes werden eingeführt. Bei dieser Versorgungsbilanz ist es ganz ausgeschlossen, daß eine Zollhöhung von drei auf 6 Mark pro Foh vom Ausland getragen wird. Der wahre Grund für die Wünsche der Heringsfischereien liegt auch garrn nicht in der Absicht nach einer Verdrängung der Heringszufuhr sondern in der Sorge, daß das Reich wegen seiner schlechten Finanzlage den Heringsfischereien vielleicht im nächsten Jahre die bisher zur angebotenen Aufrechterhaltung der Betriebe gezahlten Prämien nicht mehr weiter geben könnte. Die vom Reich gezahlte Prämie beträgt je Foh 2 Mark. Durch eine Verdoppelung der Zolleinnahmen von knapp 3 Millionen auf 6 Millionen Mark wollen sich die Heringsfischereigesellschaften die Weiterzahlung vielleicht aber auch noch eine Erhöhung der Prämien sichern.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu diesen Zollhöhungswünschen ist eindeutig. Sie wird jede Zollhöhung bei Heringen, die ein wichtiges Nahrungsmittel darstellen, aufs schmerzlichste bekämpfen.



Direktor Reinhardt nimmt nicht an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats teil

Friedrich Reinhardt

Direktor der Commerz- und Privatbank, gegen den im Zusammenhange mit dem Schuldbüch-Patenhofen-Standalschwere Angriffe gerichtet werden, wird vorläufig seinen Sitz im Wirtschaftsbeitrag nicht einnehmen.

## Der Aufsichtsrat

Herrn Reinhardt von der Commerzbank zugeeignet

Komm, mein kleiner Bankdirektor, In mein Aufsichtsräten! Bist du kein sehr Aufgeweckter, Darfst du dich betätigen?

Erste Pflicht: Sei wie ein Blind, Dem das Licht genommen, Denn sonst könntest du ja hinter Meine Schliche kommen.

Zweite Pflicht: Sei wie ein Tauber, Gar nichts darfst du hören, Denn bei meinem faulen Zauber Sollst du mich nicht stören.

Dritte Pflicht: Sei wie ein Stummer, Jeden Fißch beschäme . . . Du hast nur als tote Nummer Anspruch auf Lantieme!

Wisse auch von den Krediten Nichts, die du gegeben . . . Führer bist du mit Meriten Dann im Wirtschaftsleben!

Hans Bauer



Der Führer der englischen Bergarbeiter gestorben

A. J. Cook, der Führer der englischen Bergarbeiterverbände, ist gestorben. Cook litt bereits seit längerer Zeit an einer schweren Krankheit, in deren Verlauf ihm ein Bein amputiert werden mußte.

### 3174 deutsche Millionäre

#### Und 177 Milliarden steuerpflichtiges Gesamtvermögen

Ueber den Stand des steuerpflichtigen Vermögens zu Beginn des Jahres 1928 macht jetzt die Zeitschrift Wirtschaft und Statistik eingehende Angaben. Der aktuelle Wert der Veröffentlichung leidet allerdings darunter, daß in den letzten Jahren infolge der Wirtschaftskrise eine weitgehende Vermögensverflechtung und härterer Vermögensschwund stattgefunden hat. Bei der Beurteilung der vom Statistischen Reichsamt erlassenen Ziffern über das steuerpflichtige Gesamtvermögen muß ferner die scharfe Einschränkung gemacht werden, daß es sich um Steuervermögen handelt, die bei der bekannten Steuerbefreiung der bestehenden Klasse auch nicht annähernd dem tatsächlichen Vermögensstand in Deutschland entsprechen.

Das gesamte Vermögen, das der Vermögenssteuer (von 5000 M aufwärts) unterlag, belief sich 1928 auf 117,3 Milliarden Mark, die von rund 2,88 Millionen Steuerpflichtigen versteuert wurden. Gegen 1927 ist eine Zunahme der Veranlagung von 18,3 Milliarden und der Steuerpflichtigen um 335 508 Personen zu verzeichnen. Im Besitze natürlicher Personen befanden sich 77,3 Milliarden, also annähernd 66 Prozent, und im Besitze nichtnatürlicher Personen (Gesellschaften usw.) etwa 34 Prozent.

Bei den natürlichen Personen entfällt die überwiegende Mehrheit der Steuerpflichtigen auf die kleinen Vermögensgruppen bis zu 30 000 M. Es sind dies mehr als 81 Prozent sämtlicher Steuerpflichtigen. Auf knapp 1000 Vermögenssteuerpflichtige entfällt ein Millionär bei den natürlichen Personen. Insgesamt gab es nach der Aufstellung der Vermögenssteuer im Jahre 1928 in Deutschland 3174 Millionäre. Hier von versteuerten

- 2548 Personen ein Vermögen von 1 bis 2,5 Millionen
- 446 Personen ein Vermögen von 2,5 bis 5 Millionen
- 131 Personen ein Vermögen von 5 bis 10 Millionen
- 49 Personen ein Vermögen über 10 Millionen.

Von diesen 49 festgenannten Millionären mit mehr als 10 Millionen Vermögen werden allein 899 Millionen Mark versteuert, also über 18 Millionen pro Person im Durchschnitt. Allerdings sind wir der Meinung, daß die Offenlegung der Steuerlisten und wirksamer Bekämpfung der Kapitalflucht sowohl die Zahl der Millionäre wie auch die Höhe der versteuerten Millionenvermögen noch ein Bild ergeben würde, das sich mit dem vorliegenden auch nicht entfernt vergleichen ließe. Bemerkenswert ist der Anteil der mittelgroßen Vermögen bei den natürlichen Personen geblieben. So verzeichnet die Unterabteilung rund 244 500 Personen mit einem Vermögen von 50 000 bis 250 000 M. Der steuerpflichtige Betrag umfaßt annähernd 23 Milliarden Mark, also fast 30 Prozent des gesamten Steuervermögens der natürlichen Personen.

Bei den nichtnatürlichen Personen, also Aktiengesellschaften und anderen Körperschaften, weist die Schichtung des steuerpflichtigen Gesamtvermögens mit höher werdenden Vermögensgruppen in den meisten Fällen auch ein Nachlassen der Vermögensanteile. So entfallen auf die Gruppe der Vermögen über 10 Millionen Mark allein mehr als 37 Prozent des Gesamtvermögens. Hierin drückt sich deutlich der scharfe Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft aus, der seit 1928 noch erheblich zugenommen hat.

### Vom deutschen Lebensraum

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Niesmachen ist heute eine weitverbreitete Krankheit. Niesmachen ist sicher zum großen Teil daran schuld, wenn wir mit der gegenwärtigen Krise nicht fertig werden. Denn ein Niesmacher wird nie und nimmer einen Weg aus der Not finden, weil er nur den schlechtesten Ausgang voraussehen kann. Kampf gegen die Niesmacherepizöde ist heute also Dienst am Volke.

Im Jahre 1929 ist ein Buch erschienen, Deutscher Lebensraum von Gustav Langen, dem Leiter des deutschen Reichs für Siedlungsfragen, das ein vorzügliches Kampfmittel gegen die Niesmacher darstellt. Wenn in diesem Buch zunächst vieles als utopisch erscheint, so muß man an die Worte Walter Rathenaus erinnern, „daß dem hoffnungslosen Gedanken stets das unerbittlichste, Unmöglichste entgegengehalten wurde... So sind denn jene geringfügigen Ausstellungen (Utopismus) stets der Grund der Welt an das Gute gemein, und jeder, der es brachte, hat ihn erfahren; was nicht diesen Grund empfängt, das kann nichts taugen.“

Langen zeigt, wie die Nationalisierung ihren Fortgang nehmen muß, und daß wir durch sie zum Wohl der Menschheit zu einer neueren Organisation unseres wirtschaftlichen Lebens und des Lebensraumes kommen müssen, wenn wir nicht „als abhängiges Industrieland unter dem Mikroskop der Welt“ weiterleben wollen. Er bezieht sich auf unsere Industrie zuerst ausgehend von der Textilindustrie — wenn auch in knapper Form — die Zusammenhänge aller Wirtschaftszweige und erklärt, wie die aus der großen Weltwirtschaft entstehende Not uns dahinziehen lassen muß, „aus nach einem großen Raumwirtschaftsprogramm zu umzufallen, das wir bei aller Verzweiflung mit der Weltwirtschaft doch zur Not auf uns allein stehen und unsere Volkskraft und Volksgesundheit wenigstens erhalten können.“

Zwei Stützen hat die Wirtschaft, die Landwirtschaft und die Industrie, das Primäre bleibt aber immer die Landwirtschaft, d. h. die Erzeugung von Lebensmitteln. Stärkung des Siedlungsgedankens bedeutet also Stärkung der Gesamtwirtschaft. Mit den Mitteln der modernen Technik können wir die Leistungen der Agrarproduktion planvoll um ein vielfaches erhöhen, wodurch wir vom Ausland unabhängiger werden und zugleich einen Großabsnehmer für unsere Industrieerzeugnisse erhalten. So lange wir nicht zu einer allgemeinen Verständigung von Land zu Land kommen, werden auch wir Sozialisten dem Gedanken des Alleinlebens keine Berechtigung nicht abprechen können.

„Zwei Wege kan ndie Technik geben,“ laut Langen. „Der eine führt zur Expansion, Verfeinerung und Machtansammlung, zum Landhunger, zur Aneignung, zur Revolution — zum Krieg! Der andere führt zur Intensivierung, zur Konzentration, zur Organisation der Arbeit und der Freude, zur Ordnung des Raumes und zur Kultur des Landes — zum Frieden!“

Der erste Weg ist der bisherige Weg der Menschheit im technischen Zeitalter. Es ist aber auch der Weg der heutigen Niesmacher, denn sie kennen keinen anderen und sie machen mites, weil sie einsähen wollten, daß die aufgeklärten Massen ihnen auf diesem Weg nicht mehr folgen. Diese Niesmacher sind im Grunde genommen dieselben Geistes wie die, die alle Schuld auf die Reparationen schieben und auf den Verlust der im Krieg verlorenen Gebiete und der Kolonien. Sie schauen immer rückwärts, anstatt daß sie sich auf den Boden der Realitäten stellen.

Der zweite Weg muß uns die Neugestaltung des Lebensraumes durch die modernen Hilfsmittel der Technik bringen, die uns in hand legen, allen Volksgenossen ausreichende Arbeit und Brot und Freude zu geben. Langen ist nicht Sozialist. Er hofft, daß der von ihm gewählte Weg zu einer natürlichen, berufständischen Gliederung der Bevölkerung führt. Sein Plan könnte jedoch nur von einer Gemeinschaft, d. h. dem Staat oder den Städten, durchgeführt werden. Durch die Hervorhebung des Gemeinschaftsgedankens werden seine Ideen für uns Sozialisten so wichtig und wert, daß wir uns

intensiv mit ihnen bekannt machen. Wer erst eingesehen hat, daß die heutige deutsche Not und mit ihr die Weltwirtschaftskrise eine Folge der Planlosigkeit ist, mit der die kapitalistische Wirtschaft arbeitet, der wird Langens Ausführungen mit dem größten Interesse studieren.

Wenn auch schon heute — wie das Langen ausführt — an der Durchführung dieser Pläne gearbeitet wird, so ist das allgemeine Verständnis für den großen Siedlungsgedanken doch so gering und die für Siedlungszwecke bereitgestellten Mittel so minimal, daß man fürchten muß, daß der Niesmachereiß des Chaos bringen wird, bevor die Früchte geerntet werden können. Das Chaos jedoch kann nicht durch Niesmachen, d. h. durch Nichtstun, vermieden werden, sondern durch die Tat. R. F. K.

### Partei-Nachrichten

#### Der widerlegte Dolchstoß

Dr. Rolf Bathe: „Der Zusammenbruch“. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68. 40 Seiten. Mit Umhlag und Bild. Preis 15 Pfa. 1931.

Es ist kein Ende mit der von Bösmilligkeit, von Unkenntnis, gedankenlos und leichtfertig nachgelassenen Dolchstoßlegende. In einer kleinen, von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebenen Schrift „Der Zusammenbruch“, die nur 15 Pfa. kostet und mit sich selbst für die Massenverbreitung geeignet ist, trägt Dr. Rolf Bathe sehr wirksam und das wichtigste Dokumentenmaterial noch einmal zusammen, das den Dolchstoß dort hin befördert, wohin er gehört: auf den Schlachtfeldern der politischen Demagogie.

Im Spiegel des vom Reichsarchiv herausgegebenen militärwissenschaftlichen Standardwerkes „Schlachten des Weltkrieges“, läßt Bathe die entscheidenden Kämpfe vorüberziehen: Loreto, Verdun, Somme, Flandern, Champagne... Hat die Dillingerjugend den Schimmer einer Erlösung davon, welche unglückseligen und durch- und durch unmenschlichen Grauen mit diesen Worten verbunden ist? Aber es kommt dem Autor in diesem Zusammenhang weniger darauf an, alles Entsetzliche auszusprechen; er will zeigen und zeigt: An der Niederlage hat nicht das Volk schuld, der Weltkrieg ist militärisch verloren worden... es ging 1918 nicht mehr weiter.

Die Beweisaufnahme ist zwingend. Am 8. August 1918 wird, unter Einfluß der (auf deutscher Seite von der Heeresleitung sträflich leichtsinnig unterschätzten) furchtbaren Tanktruppe, die deutsche Front bei Amiens bis zu 11 Kilometer Tiefe durchstoßen. Das Reichsarchiv nennt dieses Ereignis „die schwerste Niederlage des deutschen Heeres seit Kriegsbeginn“. Einige Wochen später tritt Kronprinz Rupprecht von Bayern für einen „Frieden zu jedem Preis“ ein, denn wir seien „so hart wie wehrlos“. Am 1. Oktober fordert Lubendorff durch Vermittlung Verners das Auswärtige Amt auf, sofort ein Friedensangebot hinauszugehen zu lassen. Prinz Max von Baden kommt diesem Wunsch nicht nach. Darauf trifft am 3. Oktober ein Telegramm Hindenburgs ein, das dringend empfiehlt, den Kampf abzu- brechen.

Vor und nach diesen historischen Ereignissen, an denen es kein Drehen und Deuten gibt, haben Joubert und ganz und gar nicht positivistisch gezeichnete Generäle klar und deutlich die militärische Leistungsfähigkeit für den Zusammenbruch verantwortlich gemacht. Bathe zitiert beispielsweise den Freiherren von Geyffert, den General von Kuhl, den Generaloberst von Moltke. Der 9. November war nicht die Ursache, er war die Wirkung der, teils auf die Unfähigkeit der Leitung, teils auf die materielle Unterlegenheit des Heeres zurückzuführenden Katastrophe auf den Schlachtfeldern. Das noch einmal festgelegt zu haben und zwar an Hand authentischer und tendenzloser Materials, das ist das Verdienst der kleinen Bathe'schen Schrift. Mit ihr im Kopf kann man mit jedem Nazi in die Diskussion über die Dolchstoßfrage fundiert eintreten. Er wird bestimmt als der Heringsgefallene aus ihr wieder heraufsteigen.

#### Wir sind Adolfs SA

n. Berghausen. Letzten Donnerstag, 29. Oktober, hielt die Sozialdemokratische Partei im Volkshaus zur Krone eine öffentliche Versammlung ab. Der Referent, Gen. Parrer Kappe, sprach über die politische Lage und die Haltung der Partei. Die SA der Hitler aus der ganzen Umgebung hatten sich zu der Versammlung eingefunden. Dies bot dem Redner Gelegenheit, sich mit den Herrschenden auseinander zu setzen. Mit ihren eigenen Argumenten aus ihrem Programm und auch ihrer Literatur leuchtete Gen. Kappe ihnen heim. Wie wenig dazu schickt, Salenkreuzer zu sein, erblickt die Tatsache, daß keiner der SA eine Ahnung hat, was in ihrem Programm steht. Mit einfältigen Bemerkungen möchte man Geißel vorhalten, wo gäbe denn Leere ist. Ihr Disziplinierungsrat mußte selbst zugeben, daß seine Gräbe nicht ausreicht, um auf das treffliche Referat des Gen. Kappe einzugehen. Sein mit viel Stimm- aufwand vortragener geistiger Ruchelmuttel imponierte aber seinen Zuhörern gewaltig. Die übrigen Versammlungsteilnehmer quittierten mit Achsaufen. Aber ein jeder blamiert sich eben nach besten Kräften, nicht wahr, lieber Richard. Als die Ver-

*Milch ist keine Sahne — und einfach gebrannte ungemälzte Gerste ist kein Malzkaffee. Und irgendein Malzkaffee ist noch lange kein Kathreiner! Bedenken Sie — der Gehalt machts!*

sammlung geschlossen war, versuchten die Hitler zu fliehen, was aber offenbar daran scheiterte, daß keiner einen passenden Text wußte. Wir empfehlen ihnen bei passenden Gelegenheiten folgendes zu singen (nach der Melodie: Heil dir im Siegertrium):

Wir sind Adolfs SA,  
Niel dumme Dummel ja,  
Hier'n unrei Reih'n,  
Bei Tage und bei Nacht  
Steh'n wir am Braunschans Wacht  
Zu Adolfs Ehr und Macht,  
Heil Adolf dir.

Wo's was zu fällen gibt,  
Da tun wir unsere Pflicht,  
Zu Goebels Ehr.  
Luhnen zählt uns ja,  
Und die Justitia  
Die spricht uns doch frei  
Für den Verrat.

### Gewerkschaftliches

#### Die Darmstädter Reichstagung der Theater-, Lichtspiel- und Varieté-fachgruppe des Gesamtverbandes

beschäftigte sich am Samstag mit organisatorischen und gewerkschaftlichen Fragen. Die Organisation erstreckt sich, wie Blicher (Berlin) in seinem Bericht über „Die Theaterarbeiter im Rahmen des Gesamtverbandes“ mitteilte, auf 193 Theater (18 Stadttheater, 59 städtische, 27 gemeinlich wirtschaftliche, 24 Fachtheater mit städtischen Zuschüssen und 65 Privattheater) und 5200 Kinos. In diesen Betrieben sind rund 14 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Davon sind 8000 in der Reichsfachgruppe und 1000 anderweitig gewerkschaftlich organisiert. In den Theatern sind 85 Prozent der Arbeitnehmer durch die Organisation erfasst. Höchst unbefriedigend ist das organisatorische Verhältnis in den Kinos. Hier muß trotz der bestehenden Schwierigkeiten eine systematische Werbung einsetzen, damit dem Kinoperational menschenwürdige Arbeitsbedingungen gesichert werden können.

In Blichers Vortrag wie in der sich daran anschließenden Aussprache wurden auch die Fragen der Arbeitszeit, der Schwarzarbeit und des Doppeloerdienstes durch Pensionäre beleuchtet. Von Reuter (Berlin) wurde vor allem gerügt, daß trotz der verbindlichen Zusage des Städtetages an städtischen Theatern Beschäftigungszeiten von weit über 48, ja bis zu 66 Wochenstunden vorkommen. Hier Wandel zu schaffen, sei eine Hauptaufgabe des Verbandes. Für die Theaterarbeiter dürfe es kein Ausnahmestück geben. Der Verband der Lichtspielvorführer und die planlose Ausbildung an den Vorbilderschulen, die ein Heer von Erwerbslosen schaffe, wurden scharf kritisiert.

Dr. Günther vom Berliner Film- und Bildamt sprach nach Abschluß der Beratung der Organisationsfragen über die Technik der Filmherstellung.

#### Schiedspruch im Lohnstreit der Reichspost

Berlin, 3. Nov. Im Lohnstreit der Reichspost wurde heute durch die Schlichterkammer ein Schiedspruch gefällt, durch welchen die Lohnsätze der über 24 Jahre alten Arbeiter um 2 bis 4 Prozent senkt werden. Die sich auf Grund der neuen Stundenlohnätze ergebenden Kürzungen des tatsächlichen Lohnes sind bei den einzelnen Lohngruppen für die bereits in Arbeit stehenden Arbeiter bereits bekannt.

#### Die Reichsarbeiter gegen den Schiedspruch

Berlin, 3. Nov. (Eig. Meldung.) Dem Reichsarbeitsministerium ist heute vormittag die Erklärung der am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften zugegangen, daß die den kürzlich gefällten Schiedspruch, der eine Herabsetzung der Stundenlöhne um 2-6 Prozent vorsieht, ablehnen. Die Stellungnahme der Gewerkschaften wird damit begründet, daß der Schiedspruch in der Praxis Lohnkürzungen bedeuten würde, die weiter gehen, als es in der Notverordnung vorgesehen sei. Während diese nämlich Kürzungen von höchstens 4 Prozent verlangen, würde der Schiedspruch beispielsweise für die Reichsarbeiter in Berlin eine Verringerung der Löhne um 6 Prozent bedeuten, was für die Gewerkschaften unannehmbar sei. Heute werden, wie bereits angekündigt, im Reichsarbeitsministerium die Schlichtungsverhandlungen für die Arbeiter der Reichspost beginnen.

#### Wilder Streik — Versammlungsverbot

Kastell. Die am 3. November nach Arbeitschluß beabsichtigte Funktärnerammlung aller Betriebsräte, Betriebsvertrauensleute und Erwerbslosen und ebenso die am gleichen Tag abends 8 Uhr in Aussicht genommene öffentliche Versammlung mit dem Thema „Streik in der Berga-Akkumulatorenfabrik, wo organisieren wir den Abwehrkampf gegen Reaktion, Lohnabbau und Unternehmensdiktat“, wurden vom Bezirksamt verboten. Es handelt sich nach der bezirksamtlichen Bekanntmachung um einen wilden Streik, der, wie sich aus den Versammlungsankündigungen ergibt, aus einer reinen Lohnbewegung zu einer politischen (kommunistischen) Demonstration werden soll. Es wird versucht, Unruhen auch in die Arbeiterkreise der übrigen Kasteller Betriebe zu tragen. Vom Metallarbeiterverband wird der wilde Streik als schärfste Mißbilligung.

#### Schiedspruch in der Metallindustrie Mannheim-Ludwigshafen

In dem Lohnstreit der Metallindustrie Mannheim-Ludwigshafen wurde von einem vereinbarten Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Oberregierungsrat D ane n d a e l ein Schiedspruch gefällt, wonach sich die Zeitlöhne um 5 Pros. die Akkordlöhne um 6 Pros. senken. Die Laufdauer des Abkommens geht bis 28. Februar 1932. Die Erklärungsschrift der Parteien läuft bis zum 9. November.

#### Verbindlichkeit des Schiedspruchs für die Nacher Textilindustrie

Für die Textilindustrie Nachers erging durch den dortigen Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch, der eine zweieinhalbmonatige Verlängerung des bestehenden Lohnabkommens vorsieht. Der Schlichter für den Bezirk Rheinland hat diesen Schiedspruch heute für verbindlich erklärt, um einem drohenden Arbeitskampf vorzubeugen.

#### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 2. Nov.: Christina Steinbrunn, alt 40 Jahre, Ehefrau von Karl Steinbrunn, Maler, Beerdigung am 4. Nov., 13 Uhr. Christiane Winter, alt 84 Jahre, Witwe von Christian Winter, Infanterist, Beerdigung am 5. Nov., 12 Uhr. Brunhilde, alt 19 Jahre, Vater Friedrich Zimmermann, Arbeiter, Beerdigung am 4. Nov., 14 Uhr. Friederike Stappert, alt 36 Jahre, Ehefrau von Anton Stappert, Tischler, (Gagenbach) — 3. Nov.: August Kumm, Privatmann, Witwer, alt 81 Jahre (Grödingen).

Chefredakteur: Georg Schäpflin. Verantwortlich: Volkst. Freiland Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten; E. Gräner daum Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten Partei, Kleinbahnbahle Chronik, Aus Mittelbaden. Druck: Verlagsanstalt Heutigen. Die Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giese. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. E-Mailde wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund und G.m.b.H., Karlsruhe.

Hermann  
**Tietz**  
Karlsruhe

**Wohlfeile  
WOCHEN**

In allen Abteilungen.

Unser Spielwaren-Katalog ist erschienen! Verlangen Sie kostenlose Zusendung!

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

Da spart man  
**Haushalt-Geld!**

**Resi** 3.15 5.45 8.45

Der große Erfolg: 2. Woche  
**Bomben auf Monte Carlo**

mit der Bombenbesetzung:  
Hans Albers, Anna Sten u. Heinz Rühmann

**Indienstimmung**  
Tolle Dinge passieren in Monte Carlo.

**Bombenschlager**  
Hermann, der Komponist v. „Liedeswälder“ und „Janis“ bringt die schmissigsten u. schönsten Schlager ganz Europa singt:  
Das ist die Liebe der Matrosen...  
Wenn der Wind weht  
Eine Nacht in Monte Carlo. 8134

**Badisches Landesheater**  
Mittwoch, 4. Nov.  
**2. Sinfonie-Konzert**

Leitung: Josef Krips  
Solistin: Rufina Mannini

Aufführg: Bilder einer Ausstellung (Erführung) Schubert: Altmacht Wozart: Arie der Donna Anna Bellini: Arie der Norma Brahms: I. Sinfonie C-moll Anfang 20 Uhr Ende gegen 22 Uhr Preise 180-4.50 M.

**Bekanntmachung**  
Die Inhaber der im Monat März 1931 unter Nr. 6044 bis mit Nr. 10155 ausgetheilten bzw. erneuerten Pfandheime werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 3. Nov. 1931 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 2041 Karlsruhe, 30. Okt. 31 Städt. Pfandleihstätt.

**Wirklich billig!**  
Als Ersatz für den stark beschriebenen Loon-Zainpreis Große Posten

**Futter-Reis**  
(Brasil Bruch) Das billigste Futter f. Hühner, Schweine, Hunde

5 Pfund  
**58** \$  
(mit 5% Rabatt) Originalsack = 120 Pfund  
Mk. **1275** netto

**Pfannkuch**  
Eitenbein-Patteng bestehend aus groß Reizmittel, Fisch und Butter. **Bestpreis nur 180 999.**

**Hahn & Klinger**  
Waldstraße 8

**PA-LI** Palais-Lichtspiele

Die mit Spannung erwartete  
**Erstaufführung**  
**DE RAUB**  
DER  
**MONA LISA**

mit Willy Forst und Trude von Molo

Ein außergewöhnlicher Kriminalfall

**Zwangs-Versteigerung.**  
6 V. 25/31

Am Zwangswege versteigert das Notariat am  
**Donnerstag, den 21. Januar 1932,**  
vormittags 9 Uhr  
im Rathaus zu Karlsruhe das Grundstück des Sattlers Otto Bergbold und dessen Ehefrau Amalie geb. Haaser in Karlsruhe, die 1/2 Miteigentum auf dem Grundstück ruhend.

**Zwangs-Versteigerung.**  
Am Donnerstag, den 5. November 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandleih, Herrenstraße 45 n. gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 4 Solos, 1 Schrankgrammophon, 3 Weinläder, 2 Schreibmaschinen, 3 Bücherschränke, 3 Stühle, 3 Schreibtische, 1 Bett, 1 Dauerstellapparat, 2 Kaffeebrüher, ein Bodenhepich, 1 Sattlermaschine, 4 Bänke, 1 Ausziehtisch, 1 Korb, 4 Delgemälde, ein Büttel (antik), 1 Wiedererleuchtungs-, 1 antiker Schrank, 1 Teisch, 6 Sessel, 1 Birne, 1 elektrischer Grammophon, 1 Esstisch, 4 Stühle, 1 u. a. m.

**Grundstücks-Zwangsversteigerung**  
5 VT. 34/31

Am Zwangswege versteigert das Notariat am  
**Mittwoch, den 20. Januar 1932,**  
nachmittags 3 Uhr  
im Rathaus zu Egenstein das Grundstück der Karl Bauer, Schiffer, Ehefrau, Sofie Margareta geb. Werner in Egenstein, auf Gemarkung Egenstein.

**Küche**  
Eitenbein-Patteng bestehend aus groß Reizmittel, Fisch und Butter. **Bestpreis nur 180 999.**

**Hahn & Klinger**  
Waldstraße 8

**Kaffee Bauer**  
Heute Mittwoch 20.30 Uhr  
**SONDER-KONZERT**  
Kapelle Professor Röttig

Einlage:  
Ungarische Rhapsodie, für Cello Popper  
Solist: Albert Pichner 813

Morgen Donnerstag abend  
**Gesellschafts-Tanz**

**Der Blitz am Mittwoch**

**D'Hemd oder Hemdhose 1.-**  
gewebt zum größt. Teil Maco

**Tischdecke 1.75**  
130-160 cm, gezeichnet, aparte Muster auf Haustuch

**2.50**  
auf Halbleinen

**BURCHARD**

**Zwangs-Versteigerung.**  
Am Donnerstag, den 5. November 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandleih, Herrenstraße 45 n. gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 4 Solos, 1 Schrankgrammophon, 3 Weinläder, 2 Schreibmaschinen, 3 Bücherschränke, 3 Stühle, 3 Schreibtische, 1 Bett, 1 Dauerstellapparat, 2 Kaffeebrüher, ein Bodenhepich, 1 Sattlermaschine, 4 Bänke, 1 Ausziehtisch, 1 Korb, 4 Delgemälde, ein Büttel (antik), 1 Wiedererleuchtungs-, 1 antiker Schrank, 1 Teisch, 6 Sessel, 1 Birne, 1 elektrischer Grammophon, 1 Esstisch, 4 Stühle, 1 u. a. m.

**WAHN-EUROPA 1934**  
hat Sie gepackt, als unser Blatt den Vorabdruck im Romanteil brachte.

**WAHN-EUROPA 1934**  
liegt jetzt als erstklassig ausgestatteter Leinenband von 348 Seiten zum Preise von RM 4,80 vor.

**WAHN-EUROPA 1934**  
können Sie sich jetzt in Ihren Bücherschrank stellen als dauernden Besitz.

**WAHN-EUROPA 1934**  
können Sie jetzt verleihen und als Waffe im politischen Kampf benutzen.

**WAHN-EUROPA 1934**  
werden Sie nun als Weihnachtsgeschenk bevorzugen. Kaufen Sie es recht bald in der

**Volksfreund-Buchhandlung**  
Karlsruhe, Waldstraße 28, Telefon 7020/21

**Schlafzimmer**  
pol. 2 gl. rein Weizen m. pr. Röhren u. 3 teill. Ich. Matrassen, Badstube m. in Wärmor, Spiegel, Badstube, 2 Stühle, all. mit 230 M., kompl. Küche m. Korb, 65 M., Schafel 20 M., ich. Tisch, Stuhl 45 M., Schreib-u. Tisch 8 u. 10 M., Blumenstr. 7 M., Tisch, Stühle u. alles sehr bill. Hermann, Kriegerstr. 64, p.

**Kinderbett**  
weil, mit neuer Matr. 15 M., zu vert. u. in Huppener Str. 19, 11

**Zimmerstutzen zu kaufen gesucht.**  
Schriftl. Angebote unter Z1497 an d. Volksfr.

Wer liefert gegen bar gebraucht chromatische Zieh-Harmonika? Wer zu erkr. unt. F1655 im Volksfr.

**Wie? Aber selbstverständlich!**  
Kostenlos kann jeder Abnehmer im Monat einmal eine kleine Anzeige bringen

**Aufwärts**  
durch den weltweiten Genossenschaftsgedanken!

Hinein in den **KONSUMVEREIN!**

Am nachhaltigsten und wirksamsten wahrt Dein Dauerinteresse als Konsument der

**Konsumverein für Durlach und Umgegend e. g. m. b. H.**

**Donnerstag, 5. und Freitag, 6. Nov., 20 Uhr**  
(Neues Studentenhause, Parkring 7, 3 Min. v. der elektrischen Haltestelle Durlacher Tor)

**Gymnastik- u. Tanzabend**  
Liesl Suhr u. Meisterschülerinnen

Karten zu 0,55, 1.10, 1.60 bei Fritz Müller, Musikalienhandlung Kaiserstraße, Telefon 388

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Rastatt**

Die Mitglieder beteiligen sich vollzählig an der am Donnerstag, den 5. November 1931 abends 8 Uhr stattfindenden

Veranstaltung des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge.

Der Vorstand

**Durlach Geschäfts-Eröffnung**

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Durlach und Umgegend erlaube ich zur gef. Kenntnisnahme, daß ich am **Donnerstag den 5. November, vormittags 9 Uhr,** in Durlach, Kronenstraße 2 (nebst der Hauptstraße) eine Wurstverkaufsstelle eröffnen werde.

Um der jetzigen Notlage, in der sich der größte Teil der Bevölkerung befindet - ohne Ausnahme des Berufs - noch zu irgen, habe ich mich entschlossen, die Wurstpreise, trotz Verwendung nur erstklassiger Rohmaterialien, wie folgt festzusetzen:

Zum Verkauf gelangen nachstehende Wurstsorten: 1. **Primo** Prima roter Schwarzwurstmagen 12 Pfg. weißer Schwarzwurstmagen 15 ..  
.. Kneiswurst 10 ..  
.. Metzgerwurst 22 ..  
.. Wiener Würstchen 25 ..  
.. Hausmacher Leber- und Blutwurst 15 ..  
.. Schinkenwurst 23 ..  
.. Krakauer 21 ..  
.. fr. Leberwurst 23 ..  
.. Metzgerwurst 25 ..  
.. Bratwurst 25 ..  
.. Schweineschmalz mit prima Speiselöl ausel. . . . . p-Pfd 40

Um erneuten Zuspruch bittet  
**G. Dürr, Durlach,**  
Kronenstr. 2 (nebst der Hauptstr.)

**Aufwärts**  
durch den weltweiten Genossenschaftsgedanken!

Hinein in den **KONSUMVEREIN!**

Am nachhaltigsten und wirksamsten wahrt Dein Dauerinteresse als Konsument der

**Konsumverein für Durlach und Umgegend e. g. m. b. H.**